



www.koelnische-gesellschaft.de
fb.com/koelnischegesellschaft
kontakt@koelnische-gesellschaft.de

Richartzstr. 2-4
50667 Köln
Tel: 0221 – 61 72 84
Fax: 0221 – 61 72 86

Dankesrede von Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Vorstandsvorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, zum Altstadtpreis der Bürgergemeinschaft Altstadt am 20. November 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir kommt die Ehre und Freude zu, stellvertretend für die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, deren Vorstand ich seit 1986 angehöre und deren Vorsitzender ich seit 17 Jahren bin, den diesjährigen Altstadtpreis entgegen zu nehmen.

Wir sind von Herzen dankbar, mit der heutigen Preisverleihung von den Veranstaltern in die Reihe der Preisträger der Vorjahre aufgenommen zu werden, deren vorbildhaftes soziales Engagement nicht genug gewürdigt werden kann und uns allen Inspiration sein sollte.

Wir leben in einer Zeit, in der einiges, was vor wenigen Jahren noch zu Recht tabuisiert und verpönt war, wieder akzeptierter Bestandteil des öffentlichen Diskurses geworden ist. Die systematischen Tabubrüche der Rechtspopulisten mit ihren billigen Antworten auf komplizierte Sachverhalte, mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Rassismus und Antisemitismus haben zu dieser Situation geführt. Nun auch in Deutschland.

Während es bis vor ein paar Jahren einen zumindest weitgehend akzeptierten Konsens gab, Rassismus und Antisemitismus keine Plattform zu bieten, hat sich die Debatte in erheblichem Maße nach rechts bis hin zum Neonazitum verschoben. Die große Mehrheit der Bevölkerung hätte das in dieser extremen Weise nicht für möglich gehalten.

Verstehen Sie mich nicht falsch, natürlich sind uns die neunziger Jahre noch gut in Erinnerung, etwa das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, das sich in diesem August zum 25. Mal jährte. Wir haben all die Umfragen, die einem beträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung rassistische, antisemitische oder anderweitig reaktionäre Einstellungen attestierten, natürlich zur Kenntnis genommen und wussten daher um das gefährliche Potential, dass da verborgen lag. Dennoch haben wir mit dem, was kam, so nicht gerechnet. Es kam das Jahr 2013, überall in Deutschland gründeten sich rassistische Initiativen gegen die neu entstehenden Flüchtlingsunterkünfte; ein Jahr später gründete sich in Dresden die Pegida-Bewegung, an deren Demonstrationen im Januar 2015 regelmäßig mehr als 25000 Menschen teilnahmen. Dabei wurden auch antisemitische Argumentationsmuster bedient, am prominentesten wohl mit dem Begriff der Lügenpresse, der vor allem im Nationalsozialismus Karriere machte; teilweise kam es auch zu offen antisemitischen Ausfällen.

Im Jahr 2015 kam es hier in Köln zum Attentat auf die heutige Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, das sie nur knapp überlebte. Der Täter handelte aus fremdenfeindlichen Motiven. Gleichzeitig gab es in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit jeweils über tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter zahlreiche Brandanschläge auf bewohnte Heime, in deren Folge allein durch glücklichen Zufall keine Menschen starben. Das endgültige Umschlagen der Willkommenskultur, wie wir sie noch im Sommer 2015 erlebten, in eine breite rassistische Mobilisierung hat sich derweil auch politisch niedergeschlagen, zunächst im Zuge diverser Landtagswahlen, letztlich dann im Rahmen der Bundestagswahl im September, bei der mit der AfD erstmals seit dem Bestehen der Bundesrepublik eine Partei in den Bundestag einzog. Diese Partei sieht sich selbst weit rechts von der Union verortet und sie hat einen offen rassistischen Wahlkampf geführt.

Und – schlimmer noch - es ist davon auszugehen, dass der größte Teil der AfD-wähler die Partei nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer rassistischen, teils antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Ausrichtung gewählt hat. Gleichzeitig haben wir auch in anderen Ländern Ähnliches erlebt: In Ungarn regiert schon lange Viktor Orban, in Frankreich erhielt der Front National bei den letzten Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang knapp 34% der Stimmen, in Österreich wird die rechtspopulistische FPÖ voraussichtlich an der nächsten Regierung beteiligt sein.

All dies fasse ich zusammen, um deutlich zu machen: Wir leben in unruhigen Zeiten, in denen demokratische Errungenschaften, zu denen immer auch der Schutz von Minderheiten gehört, infrage gestellt werden – mit potentiell mörderischen Konsequenzen für diejenigen, die diesen Minderheiten angehören. Das stellt uns als eine regional wirkende Gesellschaft, der sich ein demokratisches Miteinander zum Ziel gesetzt hat und der sich dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus verpflichtet fühlt, vor große Herausforderungen. Damit stehen wir aber nicht allein; wir sind viele und es ist an uns, wie auch die Veranstalter schreiben, „Kontakt zu halten oder weitere Kontakte herzustellen“ – nämlich zu allen, die unsere Vorstellung des Zusammenlebens teilen. In Köln stehen an vielen Stellen Menschen auf und teilen unsere Ablehnung gegen diese widerwärtigen und gefährlichen politischen Strömungen.

So ist es von besonderer Bedeutung, denen Raum zu geben, denen als Minderheit der Raum seit Jahrhunderte streitig gemacht wird und die immer wieder politisch verfolgt und vertrieben, gejagt und ermordet wurden: unsere jüdischen Freunde. Wir wissen um die Bedrohung jüdischer Orte in Deutschland, die einen ständigen Polizeischutz notwendig macht. Ich habe es deshalb von Anfang an für eine grandiose Idee gehalten, die archäologischen Ausgrabungen in der Mitte von Köln durch ein jüdisches Museum zu unterstützen. Die Pläne für die MiQua, (Museum im Quartier oder – ausführlicher und offizieller Untertitel: Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln) werden Schritt für Schritt umgesetzt. Seitdem der Landschaftsverband Rheinland der Stadt Köln zugesagt hat, nach Abschluss der Bauarbeiten die Trägerschaft zu übernehmen, geht es voran. Die jahrelange Kritik, die von architektonischen Alternativideen bis hin zu verdecktem und offenem Antisemitismus reichte, hätte beinahe durch ein Bürgerbegehren zum Scheitern des Projekts geführt. So wurde etwa die Baustelle mit einem Hakenkreuz beschmiert, ein Ausgrabungsleiter erhielt mehrfach Drohbriefe; die Berichterstattung in den Medien war tendenziell usw.

Ende 2020, so ist geplant, werden wir eröffnen können. Sagen wir mit der Erfahrung öffentlicher Bauten besser 2021, aber darauf kommt es dann auch schon nicht mehr an.

Ich möchte meine kleine Dankesrede mit einem Appell schließen: Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass in einer Zeit, in der die identitäre Abgrenzung von Eigengruppe und Fremdgruppe immer zugespitzter betrieben wird, auch die Stimmen derer deutlich vernehmbar bleiben und wieder lauter werden, die wie wir an der Verwirklichung einer pluralistischen

Gesellschaft festhalten und diese gegen Angriffe jedweder Art in Schutz nehmen. Wir haben das diskursive Feld zu lange denen überlassen, die gerne von besorgten Bürgern sprechen, nicht aber denen zuhören wollen, die sich aus Angst vor rassistischen und antisemitischen Angriffen draußen nicht mehr sicher fühlen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein Miteinander stehen, dessen oberstes Prinzip die ungeteilte Menschenwürde ist und das daher Diskriminierung keinen Platz einräumt.

Ich danke Ihnen nochmals für die wunderbare Anerkennung unserer Arbeit.